



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Juni 2020  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **M 274 Motion Lüthold Angela und Mit. über einen Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Krise / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Die Motion M 274, die Motion M 283 von Jasmin Ursprung über die Erstellung eines Wirkungsberichtes über die getätigten Massnahmen während der Corona-Krise sowie die Anfrage A 269 von Ludwig Peyer über die Strategie des Regierungsrates zur Bewältigung der mittel- bis langfristigen Folgen der Corona-Krise im Kanton Luzern werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zur Motion M 274 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Angela Lüthold hält an ihrer Motion fest.

Folgender Antrag liegt zur Motion M 283 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Ludwig Peyer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Angela Lüthold: Vorab danke ich der Regierung für die Stellungnahme zu meiner Motion. Die Regierung beantragt die teilweise Erheblicherklärung mit der Begründung, dass alle kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen dem Positionspapier vom 16. Juni 2020 entnommen werden können. Ich kann jedoch aus diesem Positionspapier keine Antworten auf meine Themen wie die Auswirkung der Schliessung der Schulen herauslesen. Es werden im Papier vor allem Massnahmen aufgelistet, welche der Unterstützung der Luzerner Wirtschaft dienen oder immer noch dienen. Betrachtet man dies aus der Vogelperspektive, werden rudimentäre Richtungen aufgezeigt, ohne konkrete Handlungen zu nennen. In meiner Motion geht es in erster Linie darum, die Auswirkungen der Corona-Krise über alle Departemente hinweg aufzuzeigen. Dies ist unbedingt nötig. Der Rechenschaftsbericht im Sinn von §§ 77 und 80 ff. des Kantonsratsgesetzes ist aus meiner Sicht zu spät. Das zeigt, dass die Regierung bereits heute in der Lage ist, eine Hochrechnung zu verschiedenen Szenarien zu machen. Eine Gesamtübersicht über den Voranschlag 2021 ist zwingend nötig. Jede Krise verlangt einen Zwischenbericht, um konkret reagieren und längerfristig mit der Krise umgehen zu können. Die Haltung der Regierung lässt mich denken, dass sie bereits in den Alltag zurückgekehrt ist, als ob es keine Krise gegeben hätte. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Ludwig Peyer: Besten Dank für die Beantwortung meiner Anfrage. Sie hatte zum Ziel aufzuzeigen, dass die Bewältigung der Corona-Krise eine alle Politikbereiche betreffende Angelegenheit ist, welche nur mit einem strategischen Ansatz bewältigt werden kann. Dies macht der Regierungsrat nun offensichtlich mit dem wirtschaftlichen Positionspapier einerseits und dem Rechenschaftsbericht andererseits. Die Antworten zeigen auf, dass die Corona-Krise noch lange nicht ausgestanden ist und dass insbesondere in den Bereichen Finanz-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik grosse Herausforderungen auf uns zukommen je nach dem, welchen Verlauf die Krise noch nimmt. Die Antworten zeigen aber auch auf,

dass die Corona-Krise keine Krise der Demokratie war und ist. Sie zeigen vielmehr auf, dass unsere staatlichen Institutionen jederzeit funktionieren, dass Krisensituationen gemäss Verfassung stets die Stunde der gewählten Exekutive sind und dass das Parlament keine Feuerwehr ist und sich seiner strategischen Rolle bewusst sein muss. Die Antworten zeigen weiter auf, dass unsere sozialen Netze genügend stark sind und dass der Kanton gut beraten ist, weiterhin solide, überlegt und subsidiär vorzugehen. Es gibt sicher auch kritische Punkte wie die Rolle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), die ich als eher suboptimal sehe, wenn wir das Hin und Her bezüglich der Maturaprüfungen und der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichtes betrachten. Man darf zum Schluss aber auch einmal sagen, dass es unserer Exekutive ganz gut gelungen ist, in der Krise verlässlich, glaubwürdig und zielsicher unterwegs zu sein. Als Luzerner Hinterländer lobe ich eher sparsam, und wenn wir Hinterländer finden, dass jemand etwas wirklich gut gemacht hat, dann sagen wir: «Er heds rächt gmacht.» Somit kann ich schliessen und sagen: «Jo, liebe Regierigsrot, ehr hends rächt gmacht.»

Urs Dickerhof: Jasmin Ursprung hat aufgrund der beantragten Erheblicherklärung auf ein Votum verzichtet. Wir alle wurden vom Coronavirus überrascht, und die politischen Reihen haben sich geschlossen. Es war allen klar, dass nur ein Zusammenstehen zum Erfolg führen würde. Das ist eine alte Weisheit und eine Stärke unserer Eidgenossenschaft. In dieser Krise war es kein Feind, sondern ein Virus, und ein Zusammenstehen ist immer noch angebracht, denn das Virus ist noch nicht besiegt. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu früh wieder in die ideologischen Grabenkämpfe abdriften. Jetzt gilt es richtig zu handeln und die Weichen für die Bekämpfung des nächsten virologischen Feindes zu stellen. Mit der Hochrechnung hat der Regierungsrat den Mahnfinger erhoben und uns vor einer zu grosszügigen Verteilung von Geldern gewarnt. Der Blick richtet sich nicht nur auf die heutige Sitzung, sondern auch in die Zukunft. Das Aufarbeiten der bisher geleisteten Arbeiten ist für die Zukunft wichtig. Wie der Bundesrat konnte sich auch der Regierungsrat an der Verfassung und den gesetzlichen Rahmenbedingungen orientieren. Aber der Kantonsrat will Informationen, welche Auswirkungen, aber auch welche Lehren aus dem Zustand resultieren und was geändert werden muss. Der Vergleich mit anderen Kantonen muss ebenfalls angestrebt werden. Unser Föderalismus gibt uns die Chance, Sachen unterschiedlich anzupacken, aber er macht solche Situationen auch ein wenig schwieriger. Beim Ausbruch von Corona und vor dem Lockdown gab es kantonal unterschiedliche Vorgaben. Im Verbandsgebiet des Innerschweizerischen Fussballverbandes mit sieben Kantonen hatte ich sieben verschiedene Schutzkonzepte. Dies war keine ideale Ausgangslage, aber sicher eine Lehre für die Zukunft. Nun gilt es diese Chance zu nutzen, Vergleiche anzustellen und Rechenschaft abzulegen. Der Wirkungsbericht soll nicht der Kritik an der Regierung dienen, sondern als Hilfsmittel fungieren, um zukünftige Pandemien richtig anzugehen. Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, dass alle Facetten beleuchtet werden, auch wenn die Erkenntnisse noch nicht endgültig vorhanden sind. Sie sollen als Grundlagen für die zukünftige kantonale Finanzpolitik dienen. Die Antworten auf die Anfrage A 269 bilden eine gute Basis für den Wirkungsbericht, darin werden die Tätigkeiten aber nicht bewertet und analysiert. Unsere Vorbereitung für diese Pandemie hätte maximal die Note 3,75 verdient, nicht ganz befriedigend, aber auch nicht schlecht. Es ist im Grunde genommen einfach: Die eine Motion will Auskunft über die Tätigkeiten, die andere über die Zukunft und die Auswirkungen. Wir danken der Regierung für die Beantragung der Erheblicherklärung der Motion M 283, und die Motion M 274 brauchen wir zwingend als Grundlage für die zukünftige Finanzpolitik. Spätestens für das Budget müssen die Auswirkungen vorliegen. Wir können uns auf keinen Blindflug einlassen. Bitte erklären Sie beide Motionen erheblich.

Rahel Estermann: Wir danken für die umfassende Beantwortung der Fragen von Ludwig Peyer. Auf viele einzelne Aspekte geht unser Rat heute im Rahmen von spezifischen Vorstössen ein. Wie stellt sich die G/JG-Fraktion die Strategie im Umgang mit der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen im Grossen und Ganzen vor? Für uns ist es eine Gelegenheit, ja geradezu eine Verpflichtung für einen Neustart. Im nächsten Jahrzehnt sind wir gefordert, unsere Wirtschaft zu decarbonisieren. Jetzt ist die richtige Gelegenheit dafür.

Der Kanton soll jetzt die Transformation zu einer ressourcenarmen Wirtschaft unterstützen, die wir hier mit dem Ziel «Netto null 2050» abgesegnet haben. Zum Beispiel im Tourismus: Das Geld darf nicht einfach mit der Giesskanne verteilt werden, denn sonst bezahlen wir doppelt, indem wir später weiter gehende Klimaschäden stemmen müssen. Die grösste Herausforderung für die Menschheit ist noch längst nicht gelöst, nämlich die Klimakrise. Wir wollen lokale, dezentrale Wirtschaftskreisläufe und die öffentlichen Strukturen stärken, um unsere Wirtschaft resilienter zu machen. Die Pandemie hat uns in unsere kleine Lebenswelt zurückgeworfen und uns entschleunigt. Wir wollen das Positive aus dieser Entschleunigung mitnehmen, indem wir beispielsweise Fussgängerinnen und Velofahrern mehr Platz einräumen oder gemütlich im Quartier und im Wald spazieren, statt um die Welt zu jetten. Unser Kanton muss sich darum kümmern, dass Letzteres auch ohne Pandemie attraktiver wird. Steuersenkungen und Sparpaketen erteilen wir eine Absage, denn beide machen die wirtschaftliche Situation nur schlimmer. Nun gilt es die betroffenen Menschen durch die Krise hindurchzutragen und dabei solidarisch zu sein, indem wir niemanden zurücklassen. Zu den beiden Motionen: Die Forderung der Motion M 274 teilen wir. Wir alle haben ein hohes Informationsbedürfnis und stellen uns zahlreiche Fragen, wie es sich mit vielen Finanzposten, Aufgaben und Zielen in unserem Kanton verhält. Die G/JG-Fraktion erwartet hierzu eine transparente Kommunikation des Regierungsrates uns gegenüber, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit, denn das schafft Vertrauen. Die frühe Veröffentlichung der Hochrechnung letzte Woche war ein erster Schritt, wir danken dafür. Wir wünschen uns weiterhin eine regelmässige, aktive und umfassende Information. Ein einziger Bericht zur Abschätzung der Auswirkungen – und dies noch vor dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) – macht wenig Sinn. Viele Sachverhalte verändern sich immer noch, und auch die Corona-Pandemie haben wir noch längst nicht überstanden. Bis zum Rechenschaftsbericht 2021 haben wir die Pandemie hoffentlich hinter uns. Mit der Motion M 283 fordert Jasmin Ursprung etwas ganz Zentrales, nämlich dass wir aus der jetzigen Zeit lernen. Was läuft gut, was läuft weniger gut? Was machen andere Kantone vielleicht besser? Die Lernprozesse sind hoffentlich längst im Gange. Das ist jetzt besonders wichtig, weil die Kantone wieder mehr Verantwortung übernehmen und über viele Massnahmen selber bestimmen. Reflexion wie auch der Vergleich und die Koordination mit anderen Kantonen sind zentral, um die nächsten Monate der Pandemie gut zu managen. Die G/JG-Fraktion wird die Motion M 274 teilweise erheblich und die Motion M 283 erheblich erklären.

Claudia Huser Barmettler: Wir können stolz darauf sein, wie unser Kanton bisher mit dieser Krise umgegangen ist. Darum können wir hier nicht oft genug all denen danken, die mitangepackt haben und dies immer noch tun. Jetzt sind wir in dieser Krise einen Schritt weiter und müssen weiter einen Schritt nach dem anderen machen. Wir entscheiden heute über mehr als 50 Traktanden; wichtig sind alle Anliegen, welche wir heute besprechen. Für die GLP-Fraktion ist klar, dass sich Krisenzeiten nicht für Sparübungen eignen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Corona-Krise möglichst wenig wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden anrichtet. Es ist jetzt aber noch nicht abschliessend absehbar, welche Folgen die Corona-Krise für den Wirtschaftsstandort Luzern haben wird. Der Kanton soll darum in der aktuellen Krisensituation in Massnahmen investieren, welche zur Stärkung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes beitragen. Für uns ist es wichtig, dass wir die ausserordentliche Zeit gut überstehen, und doch dürfen wir jetzt nicht alle Grundsätze, die für uns lange massgeblich und grundlegend waren, einfach über den Haufen werfen. Dazu gehört, dass man die Aufgaben und Kompetenzen gemäss den abgemachten Rollenverteilungen als unsere Leitlinie anerkennt. Wir als Kantonsrat haben auf strategischer und finanzieller Ebene Leitlinien zu setzen, und dort ist unser Hebel, und zwar immer entlang unserer demokratischen Grundsätze. Diese werden heute teilweise auch infrage gestellt. Für die GLP ist es wichtig, finanziell und ökologisch nachhaltig zu agieren, denn das schulden wir nicht nur uns und unserer heutigen Bevölkerung, sondern vor allem auch unseren Enkeln. Das heisst, dass wir Schritt für Schritt vorgehen müssen. Lindern wir die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dramen, aber achten wir auch darauf, dass nicht unbedingt das lauteste Drama auch das grösste Drama ist. Wenn wir dann sehen, dass die Krise auch noch als

Vehikel benutzt wird, um kurzfristig Entscheide zu fällen ohne Blick auf die finanzielle Lage oder das Klima, dann sagen wir dazu klar Nein. Wir werden heute Gelder sprechen, und zwar mit Überzeugung. Sorgen macht uns aber auch der Ausblick auf das Jahr 2021, denn die Krise ist noch nicht vorbei. Die Hochrechnung der Regierung hat uns aufgezeigt, dass sich das Ergebnis nur noch um 20 Millionen Franken verschlechtern darf, ohne dass wir in die Falle der Schuldenbremse tappen. Heute und in den nächsten Wochen müssen wir nebst den ersten finanziellen Hilfen vor allem auch analysieren, was wir bis jetzt gemacht haben. Darum unterstützt die GLP-Fraktion die Motion M 283. Es ist klar, dass auch die längerfristigen Auswirkungen angeschaut werden müssen, aber unsere Verwaltung jetzt mit volatilen und kaum abschätzbaren Hochrechnungen zu belasten, das sehen wir nicht als opportun. Wir erwarten, dass im Bericht zur Motion M 283 natürlich auch ein Ausblick enthalten ist. Die GLP-Fraktion folgt der Regierung und stimmt für die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 274 und für die Erheblicherklärung der Motion M 283.

Adrian Nussbaum: Die CVP-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung und wird die Motion M 274 teilweise erheblich und die Motion M 283 erheblich erklären. Wir danken der Regierung für die ausführlichen Antworten auf unsere Anfrage, und wir danken ihr auch für die Ausarbeitung des Positionspapiers. Wir begrüssen den in Aussicht gestellten Rechenschaftsbericht, und wir teilen die Ansicht der Regierung, dass der von der SVP verlangte Zeitpunkt zu früh wäre. Ich bin froh, dass wir heute die Corona-Debatte führen können, und das auf Basis der vorgenannten Dokumente. Es ist heute nicht zu spät. Im Mai, am Nachmittag der Sondersession, wäre eine Diskussion schlicht unseriös gewesen. Die Antworten und das Positionspapier zeigen die grosse Breite der Auswirkungen der Corona-Krise auf die Politik unseres Kantons. Für die CVP gibt es hauptsächlich drei verschiedene Ebenen. Die erste Ebene betrifft die Frage, wo der Kanton Luzern subsidiär die Leistungen des Bundes unterstützen muss. Für uns sind drei Punkte wichtig: Erstens: Es war richtig und ist heute noch richtig, dass der Bund die Verantwortung übernommen hat. Zweitens: Wir wollen keine Vollkasko-Politik, welche mit der Giesskanne Geld verteilt. Drittens: Wir werden heute keine Vorschläge unterstützen, nur weil sie sich gut anhören, von denen man aber ganz genau weiss, dass sie nicht oder nur mit grossem administrativem Aufwand umsetzbar wären. Die zweite Ebene betrifft die Frage, was der Kanton Luzern machen muss, um künftig für die Herausforderungen einer zweiten Welle oder einer anderen Pandemie gewappnet zu sein. Dazu gehört, dass man selbstkritisch prüft, was der Kanton Luzern gut gemacht hat und was nicht. Diese Lehren wollen wir vor allem auf Basis des Rechenschaftsberichtes ziehen. Die dritte Ebene betrifft den Finanzhaushalt des Kantons Luzern und die Frage, welche Weichen wir für die Zukunft stellen müssen. Die CVP will keinen budgetlosen Zustand, keine Steuererhöhungen und keine kurzfristigen Sparpakete wegen der Corona-Krise. Die Auswirkungen auf den Finanzhaushalt sind heute sehr schwierig abzuschätzen. Darum fordert die CVP das Denken in Szenarien, und wir sind froh, dass die Regierung diese Forderung umsetzen möchte. Heute machen wir eine Zwischenbeurteilung des Verhaltens des Kantons Luzern in der Corona-Krise. Die CVP ist der Meinung, dass der Kanton Luzern bis heute gut agiert hat. Wir sind überzeugt: Gemeinsam schaffen wir den Weg aus der Krise.

Marcel Budmiger: Die SP unterstützt das vom Regierungsrat vorgeschlagene Vorgehen mit einem Rechenschaftsbericht. Rechenschaft über die Massnahmen gegen die Corona-Krise kann der Regierungsrat aber erst dann ablegen, wenn wir die Krise gemeinsam überstanden haben. Weder in Bezug auf das Verhindern einer zweiten Welle noch bei der Abfederung des Lockdowns für die Wirtschaft und die Luzerner Bevölkerung sind wir jetzt schon so weit. Der Regierungsrat hat schon einen weiten Weg hinter sich, wir als Kantonsrat machen heute den ersten Schritt und diskutieren das erste Mal, welche Massnahmen wir ergreifen möchten. Wir haben versucht, die Regierung mit Vorstössen zu unterstützen, was nicht alle gut fanden. Die Mai-Session hat es gebraucht, und wann genau wir jetzt über die Corona-Vorstösse hätten diskutieren sollen, darüber kann man geteilter Meinung sein. Die SP hätte dies möglichst früh machen wollen, jetzt ist es die SVP, welche möglichst schnell vorwärts machen will. Wenn man die Motion M 274 liest, könnte man

denken, dass die Krise schon überstanden ist. Sie fordert einen Bericht, der noch vor dem AFP erstellt werden soll. Im Moment steht der Kanton wieder stärker in der Pflicht, weil sich der Bund etwas zurückzieht, und er hat bestimmt genug zu tun. Wir brauchen jetzt Massnahmen, um den Luzernerinnen und Luzernern ohne Arbeit oder in Kurzarbeit, den Selbständigerwerbenden, welche in ihrer Existenz bedroht sind, der Luzerner Kulturszene, dem Gastrobereich und vielen Weiteren wieder eine Perspektive zu geben. Was wir nicht brauchen, ist ein Bericht, der zwangsläufig unseriös sein wird, weil er verfrüht verfasst würde. Er würde wohl ähnlich aussehen wie die Antwort auf die Anfrage A 269. Dafür wurde viel Arbeit aufgewendet, und sie wurde seriös verfasst, doch bei vielen Fragen muss auf später vertröstet werden, da viele Auswirkungen der Krise schlichtweg noch nicht bekannt sind. Bis wann der in der Motion M 283 geforderte Wirkungsbericht erstellt werden soll, steht in der Motion zum Glück nirgends. Der Regierungsrat stellt in Aussicht, dass es wohl noch länger dauern wird. Die SP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 274 und die Erheblicherklärung der Motion M 283.

Rolf Born: Das Virus ist noch immer da. Ende Dezember 2019 wurde es in Wuhan erstmals festgestellt, und inzwischen hat sich die vom neuartigen Coronavirus verursachte Krankheit Covid-19 weltweit ausgebreitet. Die WHO hat deshalb am 11. März 2020 die Pandemie ausgerufen, und am 16. März 2020 erklärte der Bundesrat die «ausserordentliche Lage». Seit dem 16. März 2020 und damit seit 106 Tagen ist auch der Kanton Luzern von den Auswirkungen des Coronavirus massgeblich betroffen. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Wirtschaft, die Industrie, das Gewerbe, der Detailhandel, die Landwirtschaft, der Tourismus, die Bildung, die Kultur und der Sport sind zur Gewährleistung der Gesundheit aller Mitmenschen in ihrer Handlungsfreiheit massiv eingeschränkt worden. Verordnetes Notrecht hat das Leben im Kanton Luzern in vielen Teilen beinahe zum Erliegen gebracht. Die Gesundheitsversorgung wurde jederzeit sichergestellt. Viele Luzernerinnen und Luzerner haben zur Bewältigung der Krisenlage ausserordentliche Leistungen erbracht. Wir alle haben mit viel Eigenverantwortung auch dazu beigetragen. Dies wird von der FDP-Fraktion geschätzt und herzlich verdankt. In der Krisenlage sind viele Entscheide unter Zeitdruck und meist in Unkenntnis aller Tatsachen gefällt worden. Wir alle sind heute mehrheitlich überzeugt, dass der Bundesrat und der Regierungsrat aus epidemiologischer Sicht richtig reagiert haben. Es gab und gibt immer wieder andere Ansichten, und nach dem Motto «Nachher ist man immer schlauer» melden sich wie üblich selbsternannte Experten zu Wort, sie hätten angeblich alles besser gewusst. Dabei wird verkannt, dass man bei Entscheiden in Krisenlagen keine Fehler machen kann. Ein Fehler setzt einen vorab als richtig definierten Zustand voraus, einen Sollwert, der vom Istwert abweicht. Aber das Virus ist noch immer da, und die Auswirkungen vieler Entscheidungen werden wir erst viel später kennen. Unseres Erachtens dürfte auch nach weiteren 106 Tagen – das wäre dann am 13. Oktober 2020 – noch nicht aller Tage Abend sein. Viele von uns sind sich gewohnt, nach Abschluss von Projekten das gewählte Vorgehen und die Ergebnisse zu beurteilen. Es geht dabei darum, Schwachstellen darin zu erkennen und daraus wichtige Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das ist auch für den Umgang mit Covid-19 richtig. Die Motionen M 274 und M 283 verlangen, dass man sich mit der Nachbetrachtung der Corona-Krise befasst. Wir unterstützen das vom Regierungsrat vorgeschlagene Vorgehen und werden deshalb der teilweisen Erheblicherklärung der Motion M 274 und der Erheblicherklärung der Motion M 283 zustimmen. Die Anfrage A 269 wurde umfassend und korrekt beantwortet.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Wir haben es alle miteinander erlebt: Das Coronavirus hat intensiv das Leben der Luzernerinnen und Luzerner beeinflusst. Sie haben teils einschneidende Massnahmen vom Bund, von den Kantonen und den Gemeinden zur Eindämmung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise solidarisch und verantwortlich mitgetragen und tun es noch. Das ist der entscheidende Baustein. Dank dieser Disziplin befinden wir uns seit Freitag nicht mehr in einer ausserordentlichen Lage. Dafür gebührt jeder und jedem Einzelnen Dank. Aber beschützen wir das noch fragile Gleichgewicht, indem wir weiterhin die Abstands- und Hygieneregeln einhalten. Es wurde

hier mehrmals betont, dass das Virus noch da ist, und eine zweite Welle muss befürchtet werden. Mit Ihren Vorstössen zur Corona-Thematik bekunden Sie ein berechtigtes Informationsbedürfnis, richten das Augenmerk auf wichtige Punkte und stellen relevante Fragen. Die Bewältigung der Corona-Krise dauert aber immer noch an. Den besonderen Umständen, der Dynamik und der Breite des Untersuchungsgegenstandes ist ebenfalls Rechnung zu tragen. Der heutige Sessionstag, der dem Thema Corona gewidmet ist, bietet die Chance, die Vorstösse koordiniert zu beraten. Solche thematischen Sessionstage machen aus unserer Sicht in Spezialfällen durchaus Sinn. Mit Blick auf die Entwicklungen und Herausforderungen der vergangenen Monate und auch der kommenden Monate oder Jahre legt die heutige Auslegeordnung am Corona-Sessionstag einen guten Grundstein. Gewisse Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen müssen ohne Verzögerungen in Angriff genommen werden, zum Beispiel Massnahmen zur Stützung des besonders stark betroffenen Tourismussektors. Auf der anderen Seite sollen die ergriffenen Massnahmen und die bestehenden Strukturen seriös evaluiert werden in allen betroffenen Tätigkeitsfeldern und Leistungsaufträgen der Verwaltung. Dafür müssen die Massnahmen zuerst abgeschlossen sein. Es braucht ausreichend Zeit und Daten, um auch die mittel- und langfristigen Auswirkungen beurteilen zu können. Noch ist der kantonale Führungsstab im Einsatz, noch sind gewisse Einschränkungen in Kraft, und auf eine mögliche zweite Welle des Corona-Virus müssen wir ebenfalls vorbereitet sein. Diesem Spannungsfeld begegnet unser Rat mit zwei Instrumenten, die sich im Wirkungshorizont und in der Ausrichtung ergänzen. Zuerst hat unser Rat das Positionspapier zur wirtschaftspolitischen Strategie zur Bewältigung der Corona-Krise erstellt mit kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen. Wir zeigen darin auf, wie wir nach der akuten Phase der Krise die Wirtschaft und die Bevölkerung des Kantons Luzern unterstützen und gute Rahmenbedingungen schaffen wollen. Das Positionspapier ist auf Basis eines Inputpapiers des Instituts für Betriebs- und Regionalökonomie der Hochschule Luzern erstellt worden. Am Dienstag, 16. Juni 2020, haben wir beide Dokumente der Öffentlichkeit präsentiert. Bei unserem Positionspapier, das in den Anfragen A 322 und A 325 aufgegriffen wird, handelt es sich nicht um einen Planungsbericht zuhanden des Kantonsrates. Das Positionspapier als solches kann Ihrem Rat so nicht zur Diskussion unterbreitet werden. Viele der im Positionspapier enthaltenen Massnahmen – insbesondere längerfristige – können in einer konkreten Strategie oder einem neuen Planungsbericht münden. Viele davon werden heute im Rat durch Vorstösse thematisiert. Ihr Rat kann sich somit durch die Beratung der verschiedenen Vorstösse zu den Massnahmen äussern und uns allenfalls auch weitere oder vom Positionspapier abweichende Aufträge erteilen. Weiter wird der Regierungsrat dem Kantonsrat bis 2021 einen umfassenden Rechenschaftsbericht vorlegen. Mit seiner retrospektiven Ausrichtung und seinem analytischen Ansatz ergänzt er das Positionspapier und die politische Arbeit in den Räten. Das Ziel ist eine umfassende Evaluation des Einsatzes des kantonalen Führungsstabes sowie der Aktivitäten und Massnahmen der öffentlichen Leistungserbringung in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Bau, Bildung und Kultur, Gesundheit und Soziales, Justiz und Sicherheit sowie Finanzen. Die Massnahmen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise werden wir kritisch beurteilen und mit Ihnen diskutieren. Die Motionen M 274 und M 283 fordern Berichte zu den Auswirkungen und getätigten Massnahmen im Zuge der Corona-Krise. Die in den Motionen beispielhaft aufgeführten Themen finden Eingang in den Rechenschaftsbericht und werden dort aufgearbeitet. Eine entsprechende Evaluation aber bereits 2020 oder gar noch vor der Beratung des Aufgaben- und Finanzplanes 2021–2024 zu machen, wie mit der Motion M 274 gefordert wird, erachten wir aus den genannten Gründen als verfrüht und nicht fundiert. Es ist zeitlich schlicht nicht praktikabel. Die Corona-Krise ist noch nicht vorbei, und wichtige Datengrundlagen liegen noch nicht vor. Auch liegt noch nicht vor, wie genau die Kantone differenziert vorgehen sollen und wie dies rechtlich aussieht, weil der Bund ja die Absicht hat, in einer allfälligen zweiten Welle den Kantonen mehr differenzierte, regionale Möglichkeiten zu gewähren. Das sind wichtige offene Fragen, die vor allem auch in Bundesbern geklärt werden müssen. Wir beantragen Ihrem Rat daher die teilweise

Erheblicherklärung der Motion M 274 und die Erheblicherklärung der Motion M 283. Die Anfrage A 269 hat unser Rat mit Informationen aus allen Departementen beantwortet. Auch dort wird auf die beiden Informationsinstrumente des Regierungsrates – das Positionspapier und den Rechenschaftsbericht – hingewiesen. Viele Punkte, die in der Anfrage angesprochen wurden, werden dort weiter vertieft werden.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion M 274 teilweise erheblich.